

für einen abgestimmten transatlantischen Ansatz in der Nuklearfrage.³⁴

³⁴ Der könnte folgendermaßen aussehen: Umsetzung der Bestimmungen des Zusatzprotokolls und Verzicht auf den vollen Brennstoffkreislauf im Austausch gegen die vertragliche Zusicherung aller mit dem Brennstoffkreislauf verbundenen Leistungen (Lieferung von Brennstoffen, Zurücknahme verbrauchter Brennstoffe) seitens EU, USA und Rußlands, solange sich Iran an die Verpflichtungen hält. Siehe Robert Einhorn, The Iran Nuclear Issue, Statement before the Senate Foreign Relations Committee, October 28, 2003; siehe auch den Vorschlag von Brent Scowcroft, A Critical Nuclear Moment, in: WP, 24.6.2004, S. A25.

Ohne eine wirkungsvollere diplomatische Strategie könnte es sich erweisen, daß die Präventivschlagsdoktrin von vielen Kommentatoren zu früh tot gesagt wurde. Ein nuklear bewaffneter Iran ist für die USA inakzeptabel.

SICHERHEITSPOLITIK UND FRIEDENSFORSCHUNG

Zwischen Widerstand und Opposition: Gewaltordnungen in Palästina

Margret Johannsen*

Abstract: In the course of the al-Aqsa Intifada, the Palestinian Authority's monopoly on the use of force has eroded. However, the use of violence is not the sole defining feature of sub-state actors engaged in the struggle against Israel. The national-religious Islamic Resistance Movement Hamas and Fatah's al-Aqsa Martyrs' Brigades represent social orders which fulfill elementary social functions such as providing economic sustenance, controlling force and securing legitimacy. By this means, they acquire stability and are able to influence the dynamics of the conflict. Whether society continues to accept these violence-based social orders nevertheless depends on how it judges the prospects of a political solution and an acceptable settlement of the conflict.

Keywords: Palästina, Israel, gewaltgestützte Ordnungen, al-Aqsa-Intifada

Im Palästinakonflikt, dem ältesten noch virulenten Regionalkonflikt internationaler Bedeutung, sprechen seit Herbst 2000 erneut die Waffen. In der al-Aqsa-Intifada stehen der technologisch weit überlegenen Militärmacht Israels auf palästinensischer Seite substaatliche Gewaltakteure mit begrenzter Kampfkraft gegenüber, die ihre militärische Unterlegenheit mit unkonventioneller Kriegsführung, Terror eingeschlossen, zu kompensieren suchen. Ihnen gelten die folgenden Ausführungen. Im Mittelpunkt des Interesses stehen nicht die kriegerischen Auseinandersetzungen als solche oder die asymmetrischen Gewaltmittel, derer sich die Akteure bedienen, sondern die substaatlichen bewaffneten Gruppierungen in den besetzten palästinensischen Gebieten.

Sie verdanken ihre Entstehung dem Gewaltkonflikt und tragen ihrerseits zu seiner Perpetuierung bei, sind aber durch das Merkmal der Gewalt nur unvollständig charakterisiert. Sie stellen das Gewaltmonopol des palästinensischen (Quasi-)Staates in Frage, wenn sie seine Ordnungsstrukturen bekämpfen oder wenn sie mit ihm konkurrieren, indem sie an

seiner Stelle (bzw. unter unbefugter Nutzung seiner Sicherheitsinstrumente) Gewalt gegen Israel ausüben. Das Ergebnis solcher Prozesse gilt aus einer Perspektive, die von moderner Staatlichkeit mit dem Gewaltmonopol als ihrem Kern ausgeht, als Unordnung und wird populär auch gern »Chaos« oder »Anarchie« genannt. Doch lassen sich die Gruppierungen, die an dieser (quasi-)staatlichen Unordnung mitgewirkt haben, selbst als soziale Ordnungen betrachten. Zwar kann eine derartige Sichtweise nicht davon abstrahieren, dass sie ohne Gewalt als ihrem herausragenden Merkmal nicht wären, was sie sind. Aber Gewalt allein verleiht diesen Gruppierungen noch nicht die (relative) Dauerhaftigkeit, ohne die sie die Konfliktdynamik nicht ernstlich beeinflussen könnten. Wenn sie Bestand haben wollen, müssen sie ihre eigene materielle Reproduktion sicherstellen, die von ihnen ausgehende Gewalt ihrerseits kontrollieren und dieser obendrein zumindest in ihrem Selbstverständnis einen Sinn verleihen. Bei diesen Leistungen handelt es sich um elementare Funktionen, die jeder Form von Vergesellschaftung eignen.¹

* Dr. Margret Johannsen, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH). Die Autorin bedankt sich bei den anonymen Gutachtern von S+F herzlich für die kritische und hilfreiche Kommentierung des Manuskripts.

¹ Vgl. Dietrich Jung/Klaus Schlichte/Jens Siegelberg, Kriege in der Weltgesellschaft, Wiesbaden 2003, S. 32-35.

In diesem Sinne werden hier die bewaffneten Gruppierungen der palästinensischen Gesellschaft als gewaltgestützte Ordnungsformen oder kurz Gewaltordnungen behandelt.² Zu untersuchen sind dementsprechend die ökonomischen, politischen und sozialen Leistungen, mittels derer sich die substaatlichen bewaffneten Gruppierungen in den besetzten palästinensischen Gebieten als Gewaltordnungen in dem genannten Sinne konstituieren und als solche die Konfliktodynamik mitbestimmen. Der Untersuchung dieser Akteure und ihrer sozialen Reproduktion wird eine Einführung in den Hintergrund des Konflikts vorangestellt, aus dem heraus sie entstanden sind. Denn Gewalt erklärt sich nicht aus sich selbst heraus – auch wenn es mitunter den Anschein hat, als seien die Gewaltakteure Getriebene, gefangen in der Logik von Eskalationszirkeln, die sie allein nicht zu durchbrechen vermögen.

Der Friedensprozess, d.h. die Periode der 1990er Jahre in den israelisch-arabischen Beziehungen, in der die am Nahost-Konflikt beteiligten Parteien in direkten Gesprächen und Verhandlungen eine Lösung suchten, ist im Kernkonflikt zwischen Israel und den Palästinensern an seine Grenzen gestoßen.³ Während Israel in vier Kriegen (1948/49, 1956, 1967, 1973) mit seinen arabischen Nachbarn und in der Auseinandersetzung mit substaatlichen Akteuren seine staatliche Existenz im Nahen Osten behaupten konnte, ist das palästinensische Staatsprojekt noch immer nicht vollendet.⁴ Zwar wurde 1994 mit einer zeitlich befristeten und funktional begrenzten Selbstverwaltung der Palästinenser eine Quasi-Staatlichkeit in der Westbank und im Gazastreifen errichtet. Doch in dem Klima gegenseitigen Zweifels an der Friedensfähigkeit der anderen Seite zerschlugen sich die Hoffnungen auf eine Beilegung der schwierigen Streitfragen, namentlich über den künftigen Grenzverlauf, den Status Jerusalems, die Zukunft der jüdischen Siedlungen und die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge. In der al-Aqsa-Intifada, ausgelöst durch einen provokativen Besuch des Likud-Führers Ariel Sharon auf dem Tempelberg in der Altstadt Ost-Jerusalem am 28. September 2000, entlud sich die Frustration der Palästinenser über einen Friedensprozess, der aus ihrer Sicht keine wirklichen Verhandlungsfortschritte erbracht hatte, sondern eine Fortdauer der Besatzung mitsamt massiver Einschränkungen in der Bewegungsfreiheit der Bevölkerung, ihre materielle Verelendung und eine ungehinderte Expansion die israelischen Siedlungen in den Palästinensergebieten.⁵

Im Zuge der Gewalteskalation rückte die israelische Armee wieder in die Autonomiegebiete ein. Als Folge der Angriffe auf deren Infrastruktur, insbesondere die Einrichtungen der Ordnungskräfte, erodierten die Mitte der 1990er Jahre er-

richteten quasi-staatlichen Strukturen der Selbstverwaltung und mit ihnen verfiel das Gewaltmonopol der Palästinensischen Autorität (PA), das sich dem israelisch-palästinensischen Vertragswerk aus den Jahren 1993 bis 1995 – kurz »Oslo« genannt – verdankt. Ohnehin konnte von einem Gewaltmonopol stets nur in eingeschränktem Sinne die Rede sein, denn die Zuständigkeit für die Sicherheit in den Autonomiegebieten lag in letzter Instanz nicht bei der PA, sondern bei der Besatzungsmacht. Überdies sahen sich die der Fundamentalopposition »Allianz der Palästinensischen Kräfte« angehörenden Gruppierungen nie an den im Osloer Vertragswerk begründeten Gewaltverzicht des PLO-Vorsitzenden und palästinensischen Präsidenten Yasir Arafat gebunden.

Mit ihrem Gewaltmonopol verlor die PA auch ihren Status als akzeptierte Verhandlungspartnerin Israels, war sie doch aus israelischer Sicht an der Aufgabe gescheitert, die militärtanten Kritiker des Oslo-Prozesses zu disziplinieren. Dem Diktum der israelischen Regierung, man habe auf der anderen Seite keinen Partner für den Frieden, folgte die einseitige Ankündigung des israelischen Ministerpräsidenten, bis Ende 2005 den Gazastreifen und vier isolierte Siedlungen in der nördlichen Westbank räumen zu wollen. Nichts deutet darauf hin, dass der Abzug als Test konzipiert wurde, dem weitere Schritte folgen sollen, um am Ende eine für beide Seiten akzeptable Konfliktlösung zu erzielen. Im Gegenteil scheint sich mit dem Abzugsplan die Absicht zu verbinden, den ungeliebten Gazastreifen allein zu dem Zweck abzustoßen, die israelische Kontrolle der Westbank ungehindert auszuweiten und mit Hilfe der im Bau befindlichen Sperranlage zu konsolidieren. Ob dies geschieht, oder ob sich der Abzug entgegen den Intentionen seines Urhebers nicht doch zum Einstieg in ein Ende der israelischen Besatzungsherrschaft entwickelt, wird nicht ohne Konsequenz für die Austragungsformen des Konflikts sein.

Die Planungen für den Abzug wurden begleitet von Militäroffensiven im Gazastreifen, umfangreichen Häuserzerstörungen in der Nähe der ägyptischen Grenze und einer Liquidierungswelle, der etliche Führungskräfte des bewaffneten palästinensischen Widerstandes zum Opfer fielen. Als Ergebnis des israelischen Abzugs könnte am südwestlichen Rand des ehemals britischen Mandatsgebietes Palästina ein staatsähnliches Gemeinwesen von der Große Bremens entstehen, dessen Grenzen, Küste und Luftraum unter israelischer Kontrolle stünden. Die PA sähe sich hier vor der Aufgabe, die Verantwortung für die Sicherheit zu übernehmen und die Milizen ihrer Kontrolle zu unterwerfen. Sie benötigt hierfür internationale Unterstützung. Misssingt der Versuch einer Monopolisierung der Gewalt und gehen von Gaza Impulse aus für eine Fortsetzung des bewaffneten Aufstands, Attacken auf zivile israelische Ziele eingeschlossen, wird Israel die Angriffe gegen den Gazastreifen und die Zentren des bewaffneten Widerstands in der Westbank fortsetzen und hier wie dort mit seiner Liquidierungspolitik fortfahren. Unter diesen Umständen ist damit zu rechnen, dass der Konflikt weiter schwelt, wobei Phasen der Eskalation mit Phasen der Ermattung abwechseln können, ohne dass diese für eine Konfliktregelung genutzt werden. Auf mittlere Sicht ist dann

2 Für die Betrachtung von Gewaltakteuren jenseits des Staates als soziale Ordnungsformen der Gewalt vgl. den einführenden Beitrag in: Jutta Bakonyi/Jens Siegelberg/Kirsti Stuvoy (Hrsg.), Gewaltordnungen. Ökonomie und Herrschaft jenseits des Staates, Wiesbaden 2004 (i.V.).

3 Vgl. Margret Johannsen, Der Nahost-Konflikt, in: Manfred Knapp/Gert Krell, Einführung in die internationale Politik, München/Wien, S. 449-479, hier S. 449-456.

4 Vgl. Dietrich Jung/Klaus Schlichte/Jens Siegelberg, Kriege in der Weltgesellschaft a.o.A. 2003, S. 270-275.

5 Vgl. Ilan Pappe, Von Lausanne nach Oslo. Zur Geschichte des israelisch-palästinensischen Konflikts, Aus Politik und Zeitgeschichte, B14/98, S. 30-38.

nicht auszuschließen, dass die Hierarchien der palästinensischen Widerstandsgruppen weiter erodieren und der bewaffnete Kampf in das Bandenwesen abgleitet.

1. Gesellschaftliche Fragmentierung und nationale Mobilisierung

Die mit Oslo ursprünglich für eine Interimsperiode von fünf Jahren etablierte Selbstverwaltung stellt die jüngste Etappe im Prozess der palästinensischen Nationen- und Staatsbildung dar, als deren markanteste Zäsuren die Teilung Palästinas als Folge der arabischen Niederlage im ersten Nahost-Krieg 1948/49 und die Okkupation von Westbank und Gazastreifen als Ergebnis der erneuten Niederlage der Araber im Sechstage- bzw. Juni-Krieg 1967 zu gelten haben. Die »Palästinensierung« des Nahost-Konflikts kann auch als Prozess der nationalen Mobilisierung beschrieben werden, der die palästinensische Nationalbewegung in die – vorerst unabgeschlossene – Phase der Staatsbildung führte.⁶ Motor dieser Entwicklung war die 1964 von der Arabischen Liga gegründete Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO), deren Vorsitzender 1969 Yasir Arafat wurde. Als maßgebliche Katalysatoren wirkten Exodus, Exil, Besatzung und Widerstand.

Die Kräfte, die auf palästinensischer Seite diesen Prozess ins Werk setzten, verdankten ihren Aufstieg der durch Flucht und Vertreibung einer Dreiviertelmillion Menschen bewirkten Zerstörung der traditionalen bäuerlichen Gesellschaft mit ihrer städtischen Notabelführung und einer gotsituierter gebildeten oberen Mittelschicht.⁷ Auf ihren Trümmern entstand eine geographisch fragmentierte Gesellschaftsform mit großen sozialen Gegensätzen – einer neuen Bourgeoisie in den Golfstaaten sowie in Beirut und Amman auf der einen Seite und einer marginalisierten Bevölkerung aus landlos gemachten Bauern und städtischen Armen in den Flüchtlingslagern vom Gazastreifen bis in den Libanon auf der anderen Seite. In diesen Lagern blieb die Erinnerung an das Palästina von vor 1948 am lebendigsten erhalten. Hier war eine Keimzelle des späteren palästinensischen Nationalismus angelegt, hier fand die Gewalt aufgrund der über Generationen vererbten Perspektivlosigkeit aber auch eine ideale Reproduktionsbasis. Denn ohne einen qualifizierten Schulabschluss hatte ein palästinensischer Flüchtling kaum eine Chance, aus dem Sub- oder Lumpenproletariat aufzusteigen. Das durch die Katastrophe (nakba), wie die Palästinenser die israelische Staatsgründung 1948 erlebten, entstandene Vakuum auf der Führungsebene sollten Eliten aus der neu entstandenen Mittelschicht – junge meist hochqualifizierte Leute in der Diaspora, überwiegend in freien Berufen tätig – füllen. Aus ihr rekrutierte sich die Führung der palästinensischen Nationalbewegung, die zur Mobilisierung der fragmentierten Gesellschaft den Mythos des bewaffneten

Kampfes als Kern einer neuen nationalistischen Ideologie kreierte und diesen Kampf überwiegend aus dem Exil heraus organisierte. Nach der arabischen Niederlage 1967 versuchte Yasir Arafats Fatah-Bewegung zunächst auf dem Wege des Guerillakampfes einen palästinensischen »Volkskrieg« gegen Israel zu entfachen. Als der erhoffte Aufstand gegen die israelische Besatzungsarmee ausblieb, nahm der bewaffnete Kampf radikaler Widerstandsgruppen die Form von Anschlägen isolierter und im Untergrund operierender militärischer Zellen an. Parallel und in einem ungeklärten Spannungsverhältnis dazu organisierte sich in den 1970er Jahren unter Führung bürgerlicher Eliten rund um Jerusalem, Ramallah und Bethlehem unbewaffneter Widerstand gegen die Besatzung, für den sowohl die Führung in den besetzten Gebieten als auch die exilierte PLO-/Fatah-Führung mobilisierte.⁸ Hierbei entstand eine konfliktreiche Beziehung zwischen »innen« und »außen«. Die Spaltung des Widerstandes vertiefte sich in den 1980er Jahren noch, als der PLO in den besetzten Gebieten islamistische Konkurrenz entstand, und wurde nach der Rückkehr der äußeren Führung aus dem Exil 1994 erneut virulent.

2. Die Revolte der Jungen

Für die unter der Besatzung Aufgewachsenen stellten die den Widerstand tragenden Basis- und Massenorganisationen eine Sozialisationsinstanz dar, deren Prägekraft sich in den späteren Aufständen gegen die Besatzung erweisen sollte. Besonders erfolgreich agierte die Fatah-Jugendorganisation Schabiba, die Anfang der 1980er Jahre in Bildungseinrichtungen und Flüchtlingslagern, Dörfern und Städten aktiv wurde. Wo sie Dienste für die Bevölkerung organisierte, übte sie im Gegenzug auch soziale Kontrolle aus.

1987 entlud sich das explosive Gemisch, zu dem sich die zerstörerischen sozio-ökonomischen Folgen der Besatzung mit der Repression der Besatzungsmacht verbanden, in der ersten Intifada. Der Aufstand, der Kampagnen des zivilen Ungehorsams mit überwiegend symbolischen Gewaltformen verband, stützte sich gleichermaßen auf die Geschäftswelt, die gegen die israelische Steuerpolitik aufbegehrte, auf arbeitslose Heranwachsende mit qualifiziertem Schulabschluss und akademischem Grad, denen mit der ökonomischen Rezession in Israel und auf den Golfstaaten die Perspektive der Migration weggebrochen war, und auf aus israelischen Haftanstalten freigelassene kampferprobte Militante. Einzelne Führer des Aufstandes konnten sich in der Intifada ein Renommee erwerben, das sie später beim Aufbau der palästinensischen Autonomie zu Anwärtern für Positionen innerhalb der PA-Strukturen machen sollte. Das noch jüngere Fußvolk der Intifada, das größtenteils in der Schabiba organisiert war, verblieb hingegen außerhalb des PA-Systems. Aus ihren Reihen stammten einige der späteren militärtaktischen Aktivisten der al-Aqsa-Intifada.

6 Vgl. Muriel Asseburg, Blockierte Selbstbestimmung: Palästinensische Staats- und Nationenbildung während der Interimsperiode, Baden-Baden 2002, S. 87-90.

7 Vgl. Helga Baumgarten, Palästina: Befreiung in den Staat. Die palästinensische Nationalbewegung seit 1948, Frankfurt a.M. 1991, S. 51-80; 311f.

8 Vgl. Dina Craissati, Neue Soziale Bewegungen in Palästina: Zivilgesellschaft und Demokratie, in: Margret Johannsen/Claudia Schmid (Hrsg.), Wege aus dem Labyrinth? Friedenssuche in Nahost, Baden-Baden 1997, S. 122-145. 1997: 127-129.

Die Vereinbarungen von Oslo beendeten das Exil der PLO-Führungsriege, darunter auch Angehöriger der »alten« Familien, deren Einfluss unter den egalisierenden Strukturen der ersten Intifada geschwunden war und die nunmehr wieder in ihre hergebrachten ökonomischen und gesellschaftlichen Positionen einrückten. Unter der Führung der aus dem Exil zurückgekehrten PLO-Spitze, der so genannten »Tunisier«, bildete sich in den Autonomiegebieten ein autoritäres System neopatrimonialen Typs heraus, gekennzeichnet durch klientelistische Strukturen und einen einschüchternden Zwangsapparat sowie die Konzentration der politischen Macht und Entscheidungsgewalt bei Yasir Arafat. In dessen Person vereinigen sich Vergangenheit und Gegenwart der palästinensischen Nationalbewegung in einzigartiger Weise.⁹ Arafat ist Vorsitzender der PLO und ihrer bedeutendsten Gruppierung Fatah und ist mit deren Geschichte und heroischen Narrativen untrennbar verbunden; hieraus bezieht er sein Charisma in der palästinensischen Politik. Zugleich ist er gewählter Präsident der Autonomiegebiete; hieraus erwächst sein Zugriff auf materielle Ressourcen. Die Verquickung beider Dimensionen begründet nicht nur die zentrale Rolle, die Arafat im palästinensischen Herrschaftssystem immer noch zukommt, sondern auch das ambivalente Verhältnis zwischen dem alten Symbol des Befreiungskampfes und der neuen militanten Generation.

Nach dem Scheitern des Oslo-Prozesses münzten die Aktivisten der ersten Intifada ihren damals erworbenen Status in politisches Kapital um. In ihren Augen hatte die PA-Führung den Ausverkauf der Rechte des palästinensischen Volkes betrieben und war als Sachwalterin israelischer Interessen im Oslo-Prozess auch noch in den Genuss zahlreicher Privilegien gekommen, während sich die Lebensbedingungen für die Mehrheit der Bevölkerung dramatisch verschlechtert hatten. Mit der zweiten Intifada – für die sich bald der Name al-Aqsa-Intifada durchsetzte – stellten sie nicht nur den Gewaltverzicht der alten Garde der palästinensischen Nationalbewegung in Frage, sondern auch deren Führungsanspruch. »Al-Aqsa-Intifada« erinnert als Begriff an die erste Intifada, den palästinensischen »Krieg der Steine« aus der Vor-Oslo-Zeit. Doch ihrer Vorgängerin ähnelte sie nur zu Beginn. Ihrer Militarisierung lag ein kalkulierter Strategiewechsel der Intifada-Führung – zusammengeschlossen in den »nationalen und islamischen Kräften« – zugrunde. Die Militanten begründeten ihn mit dem hohen Blutzoll – 236 Tote, davon 70 minderjährig –, den der israelische Schusswaffengebrauch in den ersten beiden Monaten von den überwiegend unbewaffneten Palästinensern forderte.¹⁰ Als die Intifada in die Hände bewaffneter Gruppen überging, sank die Zahl der Todesopfer unter den Palästinensern im Monatsdurchschnitt auf ein Drittel.

3. Väter und Söhne

Der Zusammenbruch der quasi-staatlichen palästinensischen Organe und die gewaltsam durchgesetzte Fragmentierung der besetzten Gebiete führten dazu, dass die alte tribale Ordnung mit ihren primordialen Loyalitäten und lokalen Netzwerken verdrängte, was sich in Westbank und Gazastreifen an egalisierten sozialen Strukturen sowie abstrakter und formalisierter Herrschaft in Ansätzen herausgebildet hatte. Die Wiederkehr des erweiterten Familien- und Verwirtschaftsverbandes als vorherrschender Vergemeinschaftungsform war indes unvollständig. Zum einen reduzierte sie die Sinnbezüge und Wertorientierungen nicht auf das bloße Überleben der Großfamilie; vielmehr überlebte die identitätsstiftende Funktion des Konflikts das vorläufige Scheitern der Staatsbildung. Zum anderen erodierten die traditionalen Autoritäten in dem Maße, in dem sie individuelle Sicherheit und Wohlfahrt der ihnen Anvertrauten nicht mehr gewährleisten konnten.¹¹ Die Ernte aus diesen Prozessen führten die Milizen ein. Ihre Gewaltordnungen boten den männlichen Jugendlichen einer »no future«-Generation Vorbilder, Maßstäbe und Perspektiven. Sie ersetzten ihnen gewissermaßen die verloren gegangenen »Väter« – in Gestalt der leiblichen Haushaltsvorstände wie auch des Staates – und offerierten ihnen Strategien zur Bewältigung ihrer Ohnmachtserfahrungen. Unter den kämpfenden Gruppen werden im Folgenden die Islamische Widerstandsbewegung Hamas und die Brigaden der Fatah als Gewaltordnungen untersucht. Bei aller Zurückhaltung, die auf Grund der unübersichtlichen Quellenlage und lokaler Heterogenität geboten ist, lassen sich doch einige verallgemeinerungsfähige Feststellungen treffen.

4. Die nationalreligiöse Hamas

Unter den islamistischen Widerstandsgruppen sind vor allem der Palästinensische Islamische Jihad (PIJ) und die Islamische Widerstandsbewegung Hamas zu nennen. Sie sind aus der palästinensischen Muslimbruderschaft entstanden, die ursprünglich die Wiederbelebung islamischer Werte als Weg zur Lösung der palästinensischen Frage propagierte.¹² Der PIJ wurde 1981 gegründet und ging 1984 zu militärischen Operationen gegen die Besatzung über. Er sah sich als kleine revolutionäre Vorhut von einigen hundert Aktivisten und beschränkte sich auf den bewaffneten Kampf – ohne ersichtliches Interesse, auf die politische Ordnung in den Palästinensergebieten Einfluss zu nehmen. Hamas etablierte sich formell mit Ausbruch der ersten Intifada 1987. Hamas-Gründer Scheich Achmed Yassin, der 2004 einer »gezielten Tötung« zum Opfer fiel¹³, hatte allerdings bereits 1982 mit dem Aufbau eines militärischen Apparats begonnen. Bis zur Intifada trat dieser in den Flüchtlingslagern des

9 Vgl. Claudia Schmid, Frieden auf Raten? Der Verhandlungsfrieden in Nahost, in: Margret Johannsen/Claudia Schmid (Hrsg.), Wege aus dem Labyrinth?, a.a.O., S. 12-42.

10 Vgl. die Statistik der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem: <http://www.btselem.org>.

11 Eyad Sarraj, Defiant, Helpless and Demoralized, in: Palestine-Israel Journal of Politics, Economics and Culture, Vol. 10, No. 4 (2003), <http://www.pij.org/details.php?id=62>.

12 Khaled Hroub, Hamas. Political Thought an Practice, Washington, D.C. 2000, S. 28.

13 Margret Johannsen, Raketen gegen die Zwei-Staaten-Lösung, in: S+F. Sicherheit und Frieden, Jg. 22, Nr. 1 (2004), S. 30-32.

Gazastreifens als interne Ordnungsmacht auf, die Verstöße gegen den Islam (z.B. Drogenhandel und Prostitution) ahndete und gegen Kollaborateure vorging. Aus diesen Einheiten entstanden die Izz al-Din al-Qassam-Brigaden, der bewaffnete Arm der Hamas. Die Deportation von 413 Islamisten, mehrheitlich von Hamas, in den Südlibanon im Dezember 1992 nutzte diese, um engere Beziehungen zur dortigen Hezbollah zu knüpfen und ihre militärischen Fähigkeiten auszubauen. Die libanesische Schiitenmiliz machte ihre sunnitischen Kollegen u.a. mit dem Selbstmordattentat als wirksamer Waffe der militärisch Schwachen in einem asymmetrischen Krieg bekannt.¹⁴

Die übliche Kennzeichnung der Hamas als »Islamisten« wird ihrem komplexen Charakter nicht gerecht. Hamas repräsentiert eine von mehreren nationalistischen Strömungen in der palästinensischen Politik. Ihr besonderes Merkmal ist der religiöse Akzent, mit dem sie ihre Selbstdarstellung und ihre Unternehmungen versieht. Hamas bzw. ihre Mitglieder und Anhänger lassen sich, in Analogie zur National-Religiösen Partei in Israel, demnach am treffendsten als Nationalreligiöse bezeichnen. Sozialer, politischer und militärischer Aktivismus sind bei Hamas durch den Jihad miteinander verknüpft, der Anstrengung im zivilen wie im militärischen Sinne bedeutet.

Hamas hat sich in ihrer Charta die Befreiung des ganzen historischen Palästina und die Errichtung eines islamischen Staates auf ihre Fahnen geschrieben. Für bare Münze genommen, stellt dieses Programm eine Existenzbedrohung für den Staat Israel dar. Es sind aber weniger ihre ideologischen Positionen, die Hamas bei den Palästinensern Zulauf bescheren, als ihre Kritik am Oslo-Prozess und ihre Distanz zur palästinensischen Selbstverwaltung. Sie wird infolgedessen nicht mit den gescheiterten Verhandlungen identifiziert. Überdies ist Hamas anders als die PA nicht mit dem Makel des Patronagesystems behaftet. Denn Hamas partizipiert nicht an der Rentenökonomie der PA¹⁵, sondern finanziert sich zu erheblichen Teilen aus der Zakat-Steuer, d.h. dem Geben von Almosen¹⁶, und muss im Interesse ihrer Handlungsfähigkeit auf ihre Reputation als effizienter und integrierter Organisation bedacht sein.

Den größten Teil ihres auf 70 Mio. US-Dollar geschätzten Jahresbudgets gibt Hamas für Sozialhilfe aus.¹⁷ Legale Einrichtungen wie Moscheen, Waisenhäuser, Kindergärten, Schulen, Vereine, Gewerkschaften, Krankenhäuser, Ferienamps etc. bieten aber nicht nur religiöse und soziale Dienstleistungen an, sondern dienen auch als Plattform für Propaganda und werden zur Rekrutierung von Attentätern, Bereitstellung von Unterschlupf, logistischer Unterstützung militärischer Operationen etc. genutzt.

Die so genannten Märtyreroperationen verfolgten stets mehr als nur einen Zweck.¹⁸ Sie richten sich nicht nur direkt gegen die Okkupationsmacht, sondern dienen Hamas auch dazu, mögliche Annäherungen zwischen den Konfliktparteien zu sabotieren, wenn solche ihrer Agenda zuwider laufen. In der al-Aqsa-Intifada wuchs überdies mit der Popularität der Terroranschläge auch die von Hamas gegenüber ihren palästinensischen Rivalen, bis diese selbst Selbstmordattentäter nach Israel schickten. Der Terror war immer ein Mittel zum Zweck und mehr als einmal setzte Hamas die Anschläge für längere Zeit aus, wenn die politischen Umstände es als zweckmäßig erscheinen ließen bzw. präsentierte einen Verzicht darauf als Gegenleistung für ein Ende der Besetzung. Die Terroranschläge provozierten harsche israelische Gegenmaßnahmen. Der Popularität von Hamas war dies jedoch nur so lange abträglich, wie der Konflikt auf diplomatischem Wege regelbar erschien. Als sich der Oslo-Prozess als Sackgasse erwiesen hatte, konnte Hamas sich mit Bombenanschlägen den Beifall der Straße sichern. Darüber hinaus reagierte die Organisation mit ihrem sozialen und humanitären Engagement wirksamer auf die um sich greifende Verelendung von immer mehr Menschen in den Autonomiegebieten als es die PA vermochte.¹⁹

Aufgrund ihres Netzes an sozialen Einrichtungen sowie ihrer ideologischen Basis in den Moscheen und in der Islamischen Universität von Gaza ist Hamas in den Palästinensergebieten fest verankert und partizipiert durch ihre Repräsentanz in den Gremien von Universitäten, Gewerkschaften und Berufsverbänden auch an den politischen Strukturen der Autonomiegebiete. Sie hat bei den Wahlen Ende 2003 in den meisten Universitäten und wichtigen Berufsverbänden auf Kosten Fatahs deutliche Stimmengewinne erzielt und würde bei künftigen Parlaments- oder Kommunalwahlen in ihren Hochburgen – Nablus, Hebron und Gaza – ihre Erfolge vermutlich wiederholen.²⁰

Hamas hat einen politischen und einen militärischen Flügel, die organisatorisch voneinander getrennt sind. Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung, einschließlich solcher über den bewaffneten Kampf, trifft der politische Flügel. Sein Exekutivorgan ist das Politbüro in Damaskus. Es besteht aus zwölf bis 14 Mitgliedern aus den besetzten Gebieten sowie Syrien, dem Libanon und den Golfstaaten und legt in Absprache mit einem Konsultativrat die Leitlinien der Organisation fest. Das Steuerungskomitee in Gaza ist das oberste Organ der Inlandsführung und ein Schlüssellement im Entscheidungsprozess. Vorsitzender des Steuerungskomitees war bis zu seinem Tod Scheich Yassin, der überdies als geistliches Oberhaupt die Bewegung als Einheit zusammenhielt. Die politische Führung der Westbank ist durch Verhaftungen und Liquidierungen geschwächt, ihr Einfluss auf den Entscheidungsprozess ist seither begrenzt. In Angelegenheiten der besetzten Gebiete kann die Inlands-

14 Ed Blanche, Yassin assassination undermines Arafat, in: Jane's Intelligence Review, Vol. 16, No. 5 (2004), S. 18-20.

15 Martin Beck, Friedensprozess im Nahen Osten, Rationalität, Kooperation und politische Rente im Vorderen Orient, Wiesbaden 2002, S. 304-306.

16 Helga Baumgarten, Hamas: Soziale Integration und bewaffneter Widerstand, in: INAMO, Jg. 10. Nr. 38 (2004), S. 46-50, hier S. 49.

17 Council on Foreign Relations, Hamas, Islamic Jihad. Palestinian Islamists, 2004, <http://cfrterrorism.org/groups/hamas3.html>.

18 Human Rights Watch, Erased In A Moment: Suicide Bombing Attacks Against Israeli Citizens, New York/Washington/London/Brussels 2002, S. 66f.

19 International Crisis Group, Islamic Social Welfare Activism in the Occupied Palestinian Territories: A Legitimate Target?, ICG Middle East Report No. 13, Amman/Brüssel 2003.

20 Palestinian Center for Policy and Survey Research, 2004, <http://www.pcpr.org/survey/polls/2004/p12a.html>.

führung autonom entscheiden, sofern es sich nicht um strategische Fragen, z.B. die Teilnahme an Wahlen oder das Aushandeln eines Waffenstillstands, handelt. Neben der Auslands- und Inlandsführung gibt es die Gefängnisführung, die in israelischen Haftanstalten die palästinensischen Insassen organisiert und ihren erheblichen Einfluss auf die Entscheidungsprozesse der Organisation aus der Legitimität ableitet, die der Status als politische Gefangene ihr verleiht. Der militärische Flügel gilt als autonom, aber die Autonomie der Brigaden beschränkt sich auf operative Fragen. Er ist in klandestinen Zellen organisiert, über deren Zahl und Größe die Angaben weit auseinander gehen – Schätzungen rangieren von etwa 150²¹ bis rund 1000²² Mitgliedern. Neben dem harten Kern kann sich Hamas auf Zehntausende von Sympathisanten stützen, die logistische Unterstützung leisten und aus denen sich im Gazastreifen Bürgerwehren rekrutieren.

Nach Konsultation der Auslands- und der Inlandsführung sowie der Gefängnisführung trifft das Politbüro Entscheidungen für gewöhnlich konsensual. Vor Beschlüssen von großer Tragweite werden die »gewöhnlichen« Mitglieder in den Konsultationsprozess einbezogen. Das der Konsultation innewohnende egalitäre Moment macht Hamas für ihre Klientel besonders attraktiv. Denn das »typische« Hamasmitglied kommt aus der (unteren) Mittelschicht, entstammt einer Flüchtlingsfamilie und verfügt über einen relativ hohen Bildungsgrad. Hamas ist vor allem unter Studenten und Berufstätigen populär, die nicht den politischen und gesellschaftlichen Eliten entstammen. Ein autokratischer Führungsstil, ähnlich dem der PA, würde die Bedürfnisse dieser Klientel nicht treffen.

Hamas gilt als disziplinierte Organisation. Gleichwohl liegt in ihrer komplexen Struktur ein Potenzial für Friktionen. Dissens zwischen der Auslands-, Inlands- und Gefängnisführung kann strukturelle Ursachen haben, z.B. unterschiedliche Interessen widerspiegeln oder Ausdruck spezifischer Zwänge vor Ort sein; er kann aber auch in differierenden Auffassungen der Führungspersönlichkeiten wurzeln. Lange Zeit galt die Auslandsführung als Vertreterin intransigenter Positionen. Überdies soll sie in der Vergangenheit bevorzugt der militärischen Führung den Rücken gestärkt haben. Als Verteiler des für den bewaffneten Kampf bestimmten ausländischen Spendedaukommens besitzt die Auslandsführung gewiss ein beträchtliches Maß an Kontrolle über den militärischen Flügel. Das muss allerdings nicht heißen, dass sie per se militanter als die Inlandsführung ist. Sie scheint im Gegenteil die treibende Kraft hinter der im Sommer 2003 zwischen den palästinensischen Fraktionen vereinbarten Waffenruhe gewesen zu sein.²³ Gleichwohl sagt man ihr nach, dass sie weniger Interesse an einer Einbindung der Hamas in ein palästinensisches Regierungssystem und an Koexistenz mit Israel hat als die Inlandsführung. Die Inlandsführung hingegen ist mit der Bewältigung des Alltags in den besetzten Gebieten konfrontiert, gilt, wie auch

die Gefängnisführung, aus diesem Grunde als pragmatischer und zeigt sich den Stimmungen in der Bevölkerung gegenüber aufgeschlossener als die Auslandsführung. Beispielsweise hatte Scheich Yassin 1996, damals noch in israelischer Haft, für die Teilnahme der Hamas an den palästinensischen Wahlen plädiert, aber die Auslandsführung war dagegen und setzte sich schließlich durch. Dass einzelne Hamas-Mitglieder dennoch als Unabhängige kandidieren konnten und Hamas davon absah, zu einem Wahlboykott aufzurufen, ist als Kompromiss und Ausdruck des Konsensprinzips zu werten. Wer sich schließlich durchsetzt, dürfte auch eine Frage des Prestiges in der Organisation sein. Mit der Entlassung Scheich Yassins aus israelischer Haft und seiner Rückkehr nach Gaza 1997 wuchs der Einfluss des Steuerungskomitees in Gaza.²⁴ Nach seiner Ermordung 2004 scheint die Auslandsführung unter Leitung von Politbürochef Khaled Mashaal wieder die Zügel in der Hand zu haben und distanziert sich nunmehr vom früher demonstrierten Pragmatismus in Fragen wie der Zweistaatenlösung.²⁵

Trotz der auf operative Fragen begrenzten Autonomie der Qassam-Brigaden sind Friktionen zwischen dem politischen und dem militärischen Flügel ebenfalls nicht auszuschließen. Dies ist zum einen Ausdruck der internen Logiken der beiden Flügel. Während z.B. auf der Werteskala des politischen Flügels die Legitimität von Anschlägen weit vorn rangiert, bewertet der militärische Flügel operative Effizienz hoch.²⁶ Zum anderen ist die politische Kontrolle des militärischen Flügels nicht zu jeder Zeit und unter allen Umständen zu gewährleisten. Es ist darum nicht auszuschließen, dass Hamas-Zellen gelegentlich ohne Autorisierung agieren.

Seit die Autonomiegebiete wieder besetzt sind, ist die Koordination zwischen den lokalen Führungsebenen noch schwieriger geworden. Dies erschwert die Kontrolle der militärtanten Aktivisten durch die Führung. Dass die Ende Juni 2003 für drei Monate ausgerufene Waffenruhe nur wenige Wochen hielt, wird z.B. in israelischen, amerikanischen und palästinensischen Sicherheitskreisen auf die eigenmächtige Operation eines Hamas-Mitglieds aus Hebron zurückgeführt, mit der dieser die Liquidierung eines engen Freundes rächte. Zu dem Anschlag bekannte sich die Hamas-Führung in Gaza erst mit Verspätung; die Hebroner Hamas-Zelle hatte ihn augenscheinlich ohne Wissen, geschweige denn Billigung der Inlands- und Auslandsführung geplant.

Ob die al-Aqsa-Intifada die Kohärenz von Hamas gestärkt oder geschwächt hat, lässt sich nicht mit Sicherheit sagen. Immerhin traf Hamas nach den Morden an Scheich Yassin und dessen Nachfolger in Gaza Abd al-Aziz Rantisi die Entscheidungen über die Nachfolge innerhalb weniger Tage und von einem Machtkampf drang nichts an die Öffentlichkeit. Meinungsverschiedenheiten werden politisch ausgetragen; die bewaffneten Kräfte dienen nicht als verlängerter Arm des einen oder anderen Flügels. Das Gruppenführungs-

21 Human Rights Watch, Erased In A Moment, a.a.O., S. 65.

22 International Crisis Group, Dealing With Hamas, ICG Middle East Report Nr. 21, Amman/Brüssel 2004, S. 11.

23 International Crisis Group, Dealing With Hamas, a.a.O., S. 11.

24 Human Rights Watch, Erased In A Moment, a.a.O., S. 67f.

25 Helga Baumgarten, Hamas, a.a.O., S. 48.

26 Jeroen Gunning, Peace with Hamas? The transforming potential of political participation, in: International Affairs, Vol. 80, No. 2 (2004), S. 233-255, hier S. 236.

prinzip, die Bindungskraft von Entscheidungen auf der Basis breit geführter Beratungs- und Diskussionsprozesse²⁷ und die organisatorische Disziplin reduzieren die Empfindlichkeit der Organisation gegenüber personellen Verlusten – wenngleich die Liquidierung insbesondere von Scheich Yassin insofern eine Lücke hinterlässt, als die neue Führung nicht über ein vergleichbares Charisma verfügt. Sie kann überdies keine religiösen Gutachten abgeben und muss infolgedessen auf ein hoch legitimiertes Führungsinstrument verzichten.

Wohltätigkeit ist eine der fünf Säulen des Islam und Hamas profitiert davon. Ihr breit gefächertes soziales, ideologisches, politisches und militärisches Engagement sichert ihr ein hohes Spendenaufkommen in der frommen palästinensischen Mittelschicht und in fundamentalistischen religiösen Kreisen der arabischen Welt sowie in der amerikanischen und europäischen Diaspora. Im Westen operiert eine Reihe von wohltätigen Fonds: der Palestine Relief and Development Fund in Großbritannien, die al-Aqsa-Stiftung in Deutschland (mit Zweigen in Holland und Belgien) und das Comité de Bienfaisance et Solidarité avec la Palestine in Frankreich sowie bis zu ihrem Verbot im Dezember 2001 die Holy Land Foundation in den USA. Hamas fördert die Finanzierung ihrer nahestehender wohltätiger Institutionen, indem sie sich für deren Effizienz gegenüber den Spendern verbürgt. Im Internet wirbt Hamas mit ihrer Erfolgsbilanz im bewaffneten Kampf. Auf seiner Website rühmte sich ihr militärischer Arm im Juni 2002, er habe »den eigenen Anteil an der Gesamtzahl der durch Märtyreroperationen getöteten Zionisten auf 65 Prozent gesteigert.«²⁸ Seit die USA und die EU nicht nur den militärischen Arm, sondern die gesamte Hamas zur Terrororganisation erklärt haben und ihre Konten in den Autonomiegebieten, einer Reihe von arabischen Staaten sowie den USA eingefroren wurden, ist ein Teil dieser Spendengelder allerdings nicht mehr zugänglich. Dass dies ernstzunehmende Finanzprobleme bereitet, lässt sich daran ablesen, dass Hamas im April 2004 erstmals in Gaza eine Fundraising-Kampagne organisiert hat.

5. Die Tanzim und die al-Aqsa-Märtyrer-Brigaden der Fatah

Die Mehrzahl der in der al-Aqsa-Intifada aktiven bewaffneten Gruppierungen ohne prononciert islamistische Ausrichtung sind der Befreiungsbewegung Fatah zuzurechnen. Tanzim und al-Aqsa-Märtyrer-Brigaden sind die gängigsten Bezeichnungen für die zur Fatah gehörenden oder ihr nahestehenden Gewaltakteure. Die diffuse Struktur von Fatah, eine Folge der Anpassungsprozesse an die wechselhaften Rahmenbedingungen des Befreiungskampfes, erschwert eine präzise Abgrenzung zu anderen paramilitärischen Einheiten. Die aus den frühen 1970er Jahren stammende Force 17 oder die in der ersten Intifada aktiven Fatah-Falken zum Beispiel wurden 1995/96 im Rahmen der israelisch-palästinensischen Sicherheitsvereinbarungen formell aufgelöst; andere

Formationen traten an ihre Stelle bzw. übernahmen ihre Funktionen.

Die Tanzim hat ihre Wurzeln in der jungen Garde der Fatah, die nicht im Exil, sondern unter der Besatzung sozialisiert wurde, in den 1980er Jahren den Widerstand vor Ort anführte und sich in der ersten Intifada Respekt unter der lokalen Bevölkerung verschaffte. Sie wurde 1983 in den besetzten Gebieten etabliert. Tanzim, formell nichts anderes als die Organisation der Fatah, wurde in der al-Aqsa-Intifada informell zum Sammelbegriff für die »innere« Fatah-Bewegung in den besetzten Gebieten, deren Profil von Aktivisten geprägt wurde – in Abgrenzung von der bis 1994 exilierten und von Funktionären dominierten Fatah der Gründergeneration. Hier wird der Name Tanzim als gemeinsame Bezeichnung für die politische Organisation der Fatah und ihre paramilitärischen Formationen verwendet.²⁹

Erstmals traten im Oktober 2000, zwei Wochen nach Beginn des Aufstands, bei einer paramilitärischen Parade der Tanzim in Nablus bewaffnete Einheiten unter dem Namen »al-Aqsa-Märtyrer-Brigaden« auf. Die Initiative zur Bildung der Brigaden soll von Militanten aus dem Flüchtlingslager Balata in der Nähe von Nablus gekommen sein.³⁰ – dort war bereits 1982 die Schabiba-Bewegung entstanden, die bald das Lager kontrolliert und der israelischen Armee noch vor Ausbruch der ersten Intifada die Stirn geboten hatte.³¹ 2001 machten die Brigaden mit militärischen Aktionen gegen Siedler und Militärpersonal in den besetzten Gebieten von sich reden. Im Januar 2002 schließlich, nach der Liquidierung des Anführers der Brigaden in Tulkarem, beging eine Frau – ein Novum in diesem Gewaltkonflikt – den ersten Selbstmordanschlag der Brigaden auf israelischem Territorium. Eine Vielzahl derartiger Märtyreroperationen geht seither auf das Konto der al-Aqsa-Märtyrer-Brigaden.

Im Unterschied zu Hamas, die das (Fern-)Ziel eines islamischen Staates vom Jordan bis zum Mittelmeer nicht aufgegeben hat, bekennt sich Fatah zur Zweistaaten-Lösung im Sinne eines palästinensischen Staates auf dem Territorium der 1967 besetzten Gebiete – mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt neben einem Staat Israel mit West-Jerusalem als Hauptstadt – sowie zum Rückkehrrecht der Flüchtlinge. Aber während die Führungsriege Fatahs sich 1993 mit Oslo vom bewaffneten Befreiungskampf verabschiedete, griffen die Fatah-Milizen sieben Jahre später wieder zur Gewalt. Gewalt soll allerdings nicht eine Alternative zu Verhandlungen darstellen, sondern die palästinensische Seite in den Verhandlungen mit Israel stärken bzw. die als Politik des Verzichts kritisierte Verhandlungsstrategie der PLO/PA-Führung konterkariieren und ad absurdum führen.

Das Verhältnis der Tanzim und der al-Aqsa-Märtyrer-Brigaden zur PA und der sie dominierenden Fatah-Führungsriege ist ambivalent. Einerseits fungieren die Milizen auf der substaatlichen Ebene als Gegengewicht zur Hamas. Dass die Fatah deren Einhegung nicht den offiziellen Ord-

27 Helga Baumgarten, Hamas, a.a.O., S. 49f.

28 Henner Kirchner, Hamas und Hypertext. Spendenauftrag palästinensischer Islamisten, in: Inamo, Jg. 9, Nr. 36 (2003), S. 35-39, hier S. 39.

29 International Crisis Group, The Meanings of Palestinian Reform, ICG Middle East Briefing, Amman/Washington 2002, S. 7.

30 Human Rights Watch, Erased In A Moment, a.a.O., S. 74.

31 Helga Baumgarten, Palästina, a.a.O., S. 267f.

nungskräften der PA überlassen wollte, zeigte sich bereits wenige Monate nach dem Einrücken der palästinensischen Polizei in die Autonomiegebiete, als es im November 1994 zu den bisher schwersten Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Hamas kam – 13 Menschen fanden an diesem »Schwarzen Freitag« in Gaza den Tod. Auf der drei Tage später von Arafat einberufenen Kundgebung demonstrierten die paramilitärischen Fatah-Falken vor 10.000 Teilnehmern ihre militärische Stärke. Nach Auflösung der Fatah-Falken übernahm die Tanzim deren Funktionen. Sie diente in der Folge sowohl in der Rolle einer innerpalästinensischen Ordnungsmacht als auch in der einer bewaffneten Vorhut der Fatah, die z.B. in den Tunnel-Unruhen in Ost-Jerusalem im September 1996 oder den Nakba-Unruhen im Mai 2000 aktiv wurde – mitunter Seite an Seite mit der palästinensischen Polizei.

Andererseits forderte die Organisation die offiziellen Sicherheitskräfte der PA heraus und verlieh ihren Anliegen auf der Grundlage ihrer organisierten Gegenmacht Nachdruck. Von der nationalistischen Gründergeneration nach deren Rückkehr aus dem Exil an den Rand gedrängt, konfrontierte die jüngere Generation von Fatah-Führern die PA mit dem Anspruch auf Positionen und Ressourcen.³² Etliche von ihnen waren bereit, in den PA-Institutionen mitzuarbeiten, wurden z.B. in den Legislativrat gewählt oder in die Sicherheitsdienste aufgenommen. Aus der jungen Garde kommt auch der Ruf nach politischen Reformen der PLO, der PA und der Fatah, wenngleich die Reformbewegung sich nicht auf die jüngere Generation Fatahs beschränken lässt.³³ Die Forde rung nach Demokratisierung und Wahlen, die von breiten Bevölkerungskreisen mitgetragen wird, ist auch ein Vehikel, um externe und interne Unterstützung für den Anspruch auf Teilhabe an der politischen Macht zu mobilisieren.

Der Versuch, der Kritik der jungen Konkurrenz durch die Integration einiger ihrer Repräsentanten in die PA-Strukturen die Spitze zu nehmen, gelang nur teilweise. Mit der al-Aqsa-Intifada bot sich den Militanten der jungen Fatah-Garde die Gelegenheit, ihren politischen Einfluss auf andere Weise zu mehren. Sie stellen eine Alternative zu den national-religiösen Kräften von Hamas dar und bieten Fatah eine militärische Option, ohne die Fatah den Islamisten den bewaffneten Kampf überlassen müsste. Solange die Mehrheit der Bevölkerung an den bewaffneten Aufstand gegen die Besatzung glaubt, braucht Arafat die Militanten seiner Fatahs. Als interne Opposition aber stellen sie die überkommene Führung Fatahs in Frage. Wenn sie Israels kollektive Vergeltung herausfordern, tragen sie auch zur Delegitimierung der PA bzw. der sie dominierenden alten Garde bei und wahren ihre Chance, einen Machtwechsel in der palästinensischen Nationalbewegung herbeizuführen.

Als Massenorganisation ist die Tanzim mit mehreren zehntausend Mitgliedern in den Stadtteilen, Dörfern, Flüchtlingslagern, Bildungseinrichtungen etc. der Westbank präsent. Sie rekrutiert für Fatah den Nachwuchs, organisiert

Massendemonstrationen und Ferienlager, Kurse im Selbstverteidigung und Erster Hilfe sowie Waffentrainings. Die paramilitärische Schulung leiten nach israelischen Angaben Offiziere der palästinensischen Sicherheitskräfte. Als Hochburgen der Tanzim gelten die Universitäten, namentlich in Ramallah (Bir Zeit), Bethlehem und Nablus. Besonders stark vertreten ist sie unter den ehemaligen Insassen israelischer Gefängnisse. Als Chef der Tanzim gilt noch immer Marwan Barghouti, Generalsekretär des 1991 etablierten Fatah Higher Committee, de facto ein Organ der Westbank-Führung der ersten Intifada und das Rückgrat der Tanzim.³⁴ Barghouti, der 1996 in den palästinensischen Legislativrat gewählt wurde, wurde im April 2002 verhaftet und im Juni 2004 von einem israelischen Militärgericht zu fünffacher lebenslänglicher Haft verurteilt. Nach aktuellen Umfragen hat dies seiner Popularität keinen Abbruch getan.³⁵

Innerhalb Fatahs haben die al-Aqsa-Märtyrer-Brigaden nicht den Status einer offiziellen Miliz.³⁶ Die meisten Analysen behandeln die Brigaden als lose Ansammlung gewaltbereiter junger Männer aus den Flüchtlingslagern und den überbevölkerten urbanen Zentren der Westbank, die in der Mehrzahl der Fatah nahe stehen, in ihren Operationen aber häufig mit anderen Milizen kooperieren. Manche Brigaden sind mit den Sicherheitsdiensten der PA liiert, was ihnen den Nachschub an Waffen sichert, und nicht selten sind oder waren Offiziere der Sicherheitsdienste zugleich Mitglieder der Brigaden.³⁷ Diese sind lokal organisiert, die einzelnen Zellen tragen häufig die Namen bekannter Intifada-Kämpfer, die im Kampf ums Leben kamen. Ihr harter Kern rekrutiert sich wie der von Hamas aus den Flüchtlingslagern, wobei sie in der Westbank weitaus stärker als im Gazastreifen präsent sind. 2002 galten mehrere großangelegte israelische Militäroffensiven in der Westbank der Infrastruktur der Brigaden und eine Reihe ihrer Anführer wurde getötet oder verhaftet. Ihre operativen Fähigkeiten im Gazastreifen hingegen blieben vorerst weitgehend intakt, bis sie im Frühjahr 2004 ins Fadenkreuz der israelischen Armee gerieten.

Die al-Aqsa-Märtyrer-Brigaden bestimmen Strategie und Taktik der al-Aqsa-Intifada wesentlich mit. Die Entscheidungsgewalt über militärische Operationen liegt weitgehend in den Händen lokaler Kommandeure, die ihre Stellung nicht selten einer persönlichen Machtbasis verdanken. In Verbindung mit der Fragmentierung der besetzten Gebiete stärkt dies die Unabhängigkeit der bewaffneten Einheiten gegenüber Führungsansprüchen politischer Autoritäten. Ihre Autonomie erlaubt ihnen einerseits, unter dem Druck der permanenten Konfrontation mit der israelischen Armee pragmatisch zu agieren und in häufig wechselnden Konstellationen mit den bewaffneten Einheiten anderer, eigentlich konkurrierender Organisationen zu kooperieren. Andererseits finden Fatah-Führungsfiguren in der unübersichtlichen Organisation und Kommandostruktur der Brigaden auch Ansatzpunkte, um mit ihrer Hilfe potenzielle Konkurrenten zu neutralisieren. Es scheint, als respektierten die Brigaden ge-

32 Graham Usher, Fatah's Tanzim. Origins and Politics, in: Middle East Report 217 (2000), http://www.merip.org/mer217/217_usher.html.

33 International Crisis Group, The Meanings of Palestinian Reform, a.a.O., S. 7f.

34 Graham Usher, Fatah's Tanzim, a.a.O.

35 Palestinian Center for Policy and Survey Research, a.a.O.

36 International Crisis Group, The Meanings of Palestinian Reform, a.a.O., S. 7.

37 Human Rights Watch, Erased In A Moment, a.a.O., S. 135.

nerell Arafats Führungsrolle in der Fatah. Aber es ist zweifelhaft, ob sich dieser Respekt in die Fähigkeit Arafats, sie seiner Kontrolle zu unterwerfen, übersetzen lässt. Jedenfalls scheint Arafat die oben angesprochene Ambivalenz im Verhältnis zu den militanten Fatah-Kräften bisher nicht aufgegeben zu haben.

Die al-Aqsa-Märtyrer-Brigaden verfügen über begrenztere Finanzmittel als Hamas. Aber sie profitierten anfänglich davon, dass hochrangige Offizielle sowie Angestellte der PA zugleich Fatahmitglieder sind. Vor der Reform des Finanzsektors, die dem undurchsichtigen Finanzgebaren der PA mehr oder weniger einen Riegel vorschob³⁸), konnten die Brigaden israelischen Berichten zufolge zur Finanzierung ihrer Infrastruktur und Operationen, Bezahlung ihrer Aktivisten und Entschädigung von Märtyrerfamilien auf Zahlungen aus den »schwarzen Kassen« des Fatah-Vorsitzenden Yasir Arafat zurückgreifen. Dokumente, die Israel bei der Operation Defensive Shield erbeutete, stützen diese Behauptung, wenngleich Zahlungen an Fatah-Mitglieder, in der Regel auf Grund von Anträgen wegen Bedürftigkeit, üblich und nicht spezifisch für die Intifada sind. Die Gelder stammen nach israelischen Angaben u.a. aus dem Budget für die Gehälter der PA-Bediensteten und damit indirekt aus arabischen Ländern und der EU.³⁹ Die EU hat versucht nachzuweisen, dass ihre Zahlungen für die ausgewiesenen Zwecke verwendet wurden. Sie sieht sich durch die Prüfberichte des Internationalen Währungsfonds⁴⁰ und des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF)⁴¹ hierin bestätigt. Eine weitere Geldquelle waren Transferzahlungen aus Israel. Die für Steuern auf Mineralölimporte in die palästinensischen Gebiete erstatteten Gelder überwies Israel bis April 2000 direkt auf Arafats Privatkonto und finanzierte so dessen System der Patronage mit, das bis zum Zusammenbruch der Verhandlungen auch der Durchsetzung der Oslo-Agenda gegen die palästinensische Opposition diente.

6. Legitimation und transnationale Unterstützung der Gewaltordnung

Die Angriffe der Aufständischen legitimieren sich durch den Kampf gegen die Besatzung, richten sich aber auch gegen Ziele auf dem Territorium des jüdischen Staates und nähren auf diese Weise in der israelischen Bevölkerung die Zweifel daran, dass die Intifada ein Kampf gegen die Besatzung und für einen palästinensischen Staat an der Seite Israels ist. Ad hoc werden sie häufig als Vergeltung für militärische Operationen Israels ausgegeben. Unmittelbar richten sie sich gegen Militäranlagen bzw. militärisches Personal ebenso wie

³⁸ World Bank, Program Document for a Public Financial Management Reform Structural Adjustment Operation of US\$20 Million for the West Bank and Gaza, Report No. 28550-GZ, May 11, 2004, http://www-wds.worldbank.org/servlet/WDSContentServer/WDSP/IB/2004/05/26/000160016_20040526110442/Rendered/PDF/28550.pdf, S. 6f.

³⁹ Botschaft des Staates Israel, Wie Yasser Arafat und seine Behörden Terror finanzieren und fördern, Berlin 2002.

⁴⁰ Muriel Asseburg, Die EU und der Friedensprozess im Nahen Osten, SWP-Studie S 28, Berlin 2003, S. 22f.

⁴¹ Vgl. OLAF-Untersuchung zu EU-Haushaltshilfen für die Palästinensische Autonomiebehörde, Brüssel, 10. August 2004, http://europa.eu.int/comm/anti_fraud/press_room/pr/2004/15_de.html.

gegen Zivilisten.⁴² Mittelbar aber treffen die Angriffe auch die PA. Denn unter Berufung auf die vertraglichen Verpflichtungen der Autonomiebehörde machte Israel stets die PA für die Angriffe verantwortlich und übte Vergeltung. Unter den israelischen Militäroffensiven büßten die Organe der PA weitgehend ihre Funktionsfähigkeit ein. Die palästinensische Fundamentalopposition, die ihre Kritik an Oslo nicht im Rahmen des politischen Systems artikulieren konnte, konnte auf diesem Wege das Zwangsmonopol der PA unterminieren und die Verhandlungen torpedieren.⁴³

Die bewaffneten Operationen gegen Israel sind auch im vierten Jahr der al-Aqsa-Intifada populär. Die Opfer, die sie Israel abverlangen, befriedigen das Vergeltungsbedürfnis der unter den Militäroperationen leidenden Bevölkerung, die überdies mehrheitlich Verhandlungen nur in Verbindung mit bewaffnetem Kampf für erfolgversprechend hält. Die Gewaltakteure genießen darum einen relativ hohen Grad an Immunität gegen Versuche der PA, ihnen mit repressiven Mitteln Einhalt zu gebieten. Die Verhaftung von Aktivisten ist beispielsweise äußerst unpopulär und wird deshalb nur halbherzig vorgenommen. Für eine Entwaffnung der militanten Gruppen gab es zu keiner Zeit gesellschaftliche Mehrheiten. Illegaler Waffenbesitz sowie das offene Tragen von illegalen Waffen in der Öffentlichkeit, z.B. bei Beerdigungen getöteter Aktivisten, werden geduldet. Die von Israel bzw. den USA verlangte Entwaffnung der Milizen würde bedeuten, einen Bürgerkrieg zu riskieren. Die illegale Produktion von Mörsergranaten und Qassam-Raketen in lokalen Werkstätten im Gazastreifen nimmt die PA gleichfalls hin. Die damit unternommenen Angriffe gegen Städte im Negev richten kaum jemals Schaden in Israel an, führen hingegen zu massiven Vergeltungsschlägen der IDF, unter denen die palästinensische Zivilbevölkerung zu leiden hat. Es hat den Anschein, dass der symbolische Gehalt dieser Angriffe von beiden Seiten weit höher veranschlagt wird als der militärische Nutzen bzw. Schaden.

Der hohe Symbolgehalt des Konflikts mobilisiert nicht nur Gewaltpotenziale in arabischen bzw. islamischen Gesellschaften. In Verbindung mit dem transnationalen sozialen Raum, den die Bindungen der weitverzweigten palästinensischen Diaspora an die alte Heimat konstituieren, erschließt er den Gewaltakteuren auch materielle und legitimatorische Ressourcen weit über das umstrittene Territorium hinaus. Unter den Staaten der so genannten Ablehnungsfront gegen Oslo unterstützen vor allem Syrien und Iran die Gewaltakteure mit Waffenlieferungen, Training, Logistik und Rekrutierung von Kämpfern; Iran außerdem mit kostenfreier medizinischer Betreuung verwundeter Intifadakämpfer und direkten Finanztransfers.⁴⁴ Die Unterstützung der Hezbollah, nach dem israelischen Rückzug aus dem Südlibanon auf

⁴² Vgl. Amnesty International, ISRAEL AND THE OCCUPIED TERRITORIES AND THE PALESTINIAN AUTHORITY. Without distinction - attacks on civilians by Palestinian armed groups, <http://web.amnesty.org/library/Index/engMDE020032002?OpenDocument&of=COUNTRIES%5CISRAEL%5COPPIED+TERRITORIES>.

⁴³ Martin Beck, Aussicht auf Frieden in Nahost? Fahrplan und Genfer Abkommen im Lichte konflikttheoretischer Überlegungen, in: S+F. Vierteljahrsschrift für Sicherheit und Frieden, Jg. 21, Nr. 3-4 (2003), S. 115-120, hier S. 118.

⁴⁴ Doron Zimmermann, Tangled Skein or Gordian Knot, Zürich 2004, S. 69.

der Suche nach einer neuen *raison d'être*, schien in der Vergangenheit begrenzt. Zwar gibt es vereinzelte Hinweise darauf, dass militante palästinensische Gruppen Geld, Waffen und Training im Südlibanon erhielten.⁴⁵ Nach anderen Quellen schien Hezbollah lange zu zögern, über propagandistische Unterstützung hinaus direkt auf Seiten der palästinensischen Militanten zu intervenieren⁴⁶ – sei es, weil sie bzw. ihre syrischen und iranischen Gönner israelische Vergeltung fürchten, sei es, weil insbesondere Hamas es bisher vorzog, sich ihre Autonomie zu erhalten. Das könnte sich allerdings ändern. Die seit Oktober 2003 intensivierten israelischen Angriffe auf Führungskader und Aktivisten haben die Infrastruktur der Hamas derartig geschwächt, dass sie bei der Schiitenmiliz um operative Unterstützung für Vergeltungsschläge nachgesucht haben soll. Nach Angaben der israelischen Armee unterstützt die Hezbollah inzwischen Anschläge der Hamas und der al-Aqsa-Märtyrer-Brigaden sowohl finanziell als auch logistisch. Von einer personellen Präsenz in der Westbank ist allerdings nicht die Rede.

Saudi-Arabien – und bis zum Sturz Saddam Husseins 2003 auch der Irak – unterstützt(e) die Familien, die in der Intifada ein Familienmitglied verloren hatten, mit hohen Geldsummen, wobei die Zahlungen für Attentäter, die bei einem so genannten Selbstmordanschlag ums Leben kamen, mit 25.000 US-Dollar das Vielfache »einfacher« Märtyrer betragen. Die Übergabe der irakischen Schecks wurde öffentlich zelebriert. Die Zeremonie war Teil des Märtyrerkults, der den Familien einen deutlichen Statusgewinn bescherte. Für Saddam Hussein war diese Form der Unterstützung ein Mittel, die Erosion der materiellen Akkomodationsfähigkeit seines Regimes ideologisch zu kompensieren.

7. Kontrollverlust im nationalistischen Lager

Die Brigaden der Hamas, des PIJ und der Tanzim kooperieren wie bereits während des ersten Volksaufstandes in der zentralen Leitung der al-Aqsa-Intifada. Zugleich sind sie Konkurrenten. Ihre bewaffneten Operationen richten sich nicht nur *gegen* Israel, sondern auch *an* die eigene Bevölkerung und die palästinensische Diaspora, um deren Beifall sie mittels spektakulärer Anschläge wetteifern. Insofern stellen Gewaltakte auch eine Investition dar, von der man sich Rendite erhofft, in Form populistischer Zustimmung, politischen Einflusses und materieller Ressourcen. Bemühungen um begrenzte Waffenruhen verfolgen auch das Ziel, das Spannungsverhältnis zwischen Konkurrenz und Kooperation zu regulieren und den sektiererischen Wettstreit nicht der politischen Kontrolle entgleiten zu lassen. Während die hierarchische Organisation der Hamas dies erleichtert, bieten die amorphen Strukturen der Tanzim und der al-Aqsa-Märtyrer-Brigaden wenig Aussicht, dass derartige Stillhalteabkommen auch befolgt werden, solange ihre Mitglieder hiervon nicht profitieren.

45 International Crisis Group, Old Games, New Rules: Conflict on the Israel-Lebanon Border, ICG Middle East Report Nr. 7, Amman/Brüssel 2002, S. 14f.

46 International Crisis Group, Hezbollah: Rebel Without a Cause?, ICG Middle East Briefing, Amman/Brüssel 2003, S. 9f.

Von »Gewaltmärkten« im Sinne eines Einsatzes von Gewalt zum ausschließlichen oder überwiegenden Zwecke der Ausbeutung ökonomischer Ressourcen kann gleichwohl nicht die Rede sein. Hinter den Gewaltakten ist die politische Perspektive der Befreiung von der Okkupation keineswegs verschwunden. Allerdings verwischen sich bei den Trägern des bewaffneten Kampfes die alten Grenzen zwischen den Fraktionen des Widerstandes.⁴⁷ Schon bald nach Ausbruch der Intifada gaben die sogenannten nationalen und islamischen Kräfte gemeinsame Flugblätter und Statements heraus und passten sich im Duktus einander an. Vor allem in der Peripherie, namentlich in der nördlichen Westbank und im südlichen Gazastreifen bildeten sich neue »hybride Organisationsformen« (z.B. die Popular Resistance Committees), deren Kohärenz auf dem gemeinsamen Schicksal der sozio-ökonomischen Marginalisierung und ihren lokalen Wurzeln beruht und in denen die vormals trennenden Ideologien zu einer neuen nationalistisch-islamischen Identität verschmelzen. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in der materiellen Reproduktion der Gewaltakteure. Die lokalen Brigaden der Fatah suchen sich alternative Finanzquellen, die sie unabhängig machen von ihren alten politischen Alianzen.

Ob diese neuen Organisationsformen nun als Zerfallsprodukt des Widerstandes unter israelischem Dauerbeschuss zu werten sind oder als mögliche Keimzelle einer radikalen Widerstandsbewegung jenseits der Konkurrenz zwischen den hergebrachten Lagern, wird sich weisen. Mit der Verhaftung und Liquidierung vieler Mitglieder der oberen Führungsebenen wächst jedenfalls auch die Wahrscheinlichkeit, dass sich die Agenda der bewaffneten Gruppen von den ursprünglichen Zielen entfernt, bis hin zum Einsatz von Gewalt, um die eigene materielle Reproduktion zu sichern. Es mehren sich die Anzeichen dafür, dass die Gewaltakteure mitunter auf eigene Rechnung operieren.

In eine Reihe von Vorkommnissen seit Mitte 2003, die sich in dieser Weise deuten lassen, scheinen ausschließlich Militante der Fatah involviert zu sein. Jung und arm, haben sie in den Flüchtlingslagern das Sagen, fordern die alten Familien und mit ihr die herrschende Mittelklasse heraus und waren bisher nicht bereit, sich an den Bemühungen um eine Waffenruhe zu beteiligen bzw. entsprechende Vereinbarungen zu respektieren bzw. forderten hierfür materielle Entschädigungen. Sie schienen überdies entschlossen, den eventuellen Abzug aus dem Gazastreifen als Niederlage Israels und ihren Anteil daran in die Annalen der Intifada eingehen zu lassen. Zur Jahresmitte 2004 machten sie mit Massendemonstrationen, bewaffneten Überfällen, Entführungen und Brandstiftung Schlagzeilen. Loyale Gefolgsleute Arafats wurden ebenso attackiert wie Einrichtungen der Autonomiebehörde.

Die sich ausbreitende Unordnung lässt sich auch als Verteilungskampf um künftige Rollen und Ressourcen in den quasi-staatlichen Strukturen interpretieren. Eine Reihe von

47 Toufiq Haddad, After Two Years of Intifada. Chronicles from the Polity of the Periphery, in: Between the Lines, December 2002, http://www.between-lines.org/archives/2002/dec/toufic_haddad.htm.

Gewalttaten im Gazastreifen des Jahres 2004 wird dementsprechend auch auf die Konkurrenz zwischen Mohammed Dahlan und Jibril Rajoub, den ehemaligen Chefs des Präventiven Sicherheitsdienstes (PSS) in der Westbank bzw. im Gazastreifen, zurückgeführt, die sich für die Zeit »nach Arafat« positionieren. Dahlan soll sich mit jungen Männern aus traditionellen Familien im Gazastreifen eine eigene bewaffnete Truppe aufgebaut haben. Den »Todesschwadronen« werden Überfälle und Mordanschläge auf Gefolgsleute Arafats vorgeworfen. Gleichwohl wird Dahlan in westlichen Medien nicht nur als starker Mann, sondern auch als Reformer, Hoffnungsträger und möglicher Nachfolger Arafats gehandelt und genießt überdies Sympathien in der amerikanischen Administration.

8. Gewaltstrategien und gesellschaftliche Akzeptanz

Falls Israel sich tatsächlich aus dem Gazastreifen zurückzieht, wird die PA bzw. die sie tragende Fatah ihre ungebärdigen Milizen disziplinieren bzw. in die reorganisierten Sicherheitsorgane integrieren und sich mit Hamas arrangieren müssen, wenn Gaza als Testfall der Selbständigkeit nicht von vornherein zum Scheitern verurteilt sein soll. Auf die neue palästinensische Führung wartet unter anderem die Aufgabe, die während des Friedensprozesses mit internationaler Unterstützung geschaffene, aber im Krieg zerstörte Infrastruktur wiederaufzubauen, und eine von der Besatzungsmacht systematisch deformierte Ökonomie, die obendrein von den Bedürfnissen des bewaffneten Kampfes überformt ist, in produktive zivile Strukturen zu transformieren. In der Stadt Rafah an der ägyptischen Grenze hat sich z.B. ein Gewaltmarkt besonderer Art gebildet, auf dem über unterirdische Gänge Waffen, aber auch Prostituierte oder Drogen geschmuggelt werden. Die Tunnel sind zu einem richtiggehenden Industriezweig geworden. Von ihm profitieren Stollenbauer, Waffenhändler, Schmuggler und Hausbesitzer, von deren Grundstücken aus die Tunnel gegraben werden. Sie werden von den Militanten als Gegenleistung für das damit verbundene Risiko mit bis zu tausend US-Dollar monatlich entschädigt.

Ägypten hat sich im Mai 2004 in Absprache mit Israel als externer Garant von Ruhe und Ordnung im Gazastreifen angeboten. Nach dem israelischen Abzug ein »Hamas-Land« fürchtend, will der südliche Nachbar nicht nur Polizeikräfte abstellen, um die Grenze zum Gazastreifen undurchlässig zu machen, sondern auch 200 Experten entsenden, um die PA beim Wiederaufbau und Training der Sicherheitskräfte zu unterstützen. Als »Gegenleistung« verlangt Ägypten von der PA, die fragmentierten Sicherheitsdienste zu konsolidieren und der Kontrolle Arafat zu entziehen, sowie von den palästinensischen Milizen, den bewaffneten Kampf zu beenden. Jordanien bot analog dazu seine Unterstützung bei der Reform des Sicherheitssektors in der Westbank an. Die militante Opposition lehnte ab. In einer gemeinsamen Erklärung von zehn oppositionellen Gruppen, organisiert im »Follow-Up Committee of National

and Islamic Forces«, wurde die Sicherheitsagenda Ägyptens und Jordaniens als Widerspruch zur Solidarität der »arabischen Nation« mit dem palästinensischen Kampf gegen die Besatzung kritisiert. Dahinter steht die berechtigte Furcht von Hamas, es gehe um ihre Entwaffnung, und der historisch begründete Argwohn in Kreisen der Fatah, Israel wolle Ägypten und Jordanien erneut als Sachwalter der palästinensischen Interessen einsetzen. Wie immer die Eignung ägyptischer Sicherheitskräfte zur Ausbildung ihrer palästinensischen Kollegen nach internationalen Menschenrechtsstandards zu beurteilen ist – Ägypten jedenfalls kann nicht beides haben, eine Selbstverwaltung ohne Hamas *und* Ruhe und Ordnung an seiner nördlichen Grenze. Denn ohne eine Beteiligung von Hamas an der palästinensischen Selbstverwaltung im Gazastreifen wird die von Ägypten angemahnte Waffenruhe nicht einkehren.

Dass eine überwältigende Mehrheit der Palästinenser eine gleichberechtigte Rolle der Hamas wünscht, wird die islamischen Nationalreligiösen ermutigen, sich an Wahlen zu beteiligen und politische Verantwortung im Rahmen demokratisch legitimierter Strukturen zu übernehmen. An Wahlen und die Legitimität, die sie verleihen, lässt sich die Hoffnung knüpfen, dass die konkurrierenden Fraktionen ihre Machtkämpfe beenden und sich auf eine Waffenruhe verständigen, ohne die eine Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Israel nicht möglich erscheint.⁴⁸ Erfolgversprechender als die Übernahme von Sicherheitsfunktionen durch Ägypten ist ein anhaltendes Engagement der Staatengemeinschaft, damit im Gazastreifen ein Gemeinwesen mit legitimen Institutionen entsteht, das im Interesse der Bürger für Recht und Ordnung sorgen und Angriffe gegen Israel unterbinden kann. Die Staatengemeinschaft, die den Palästinensern einerseits das Recht auf einen eigenen Staat zubilligt, andererseits aber wenig dagegen unternimmt, dass er nicht zustande kommt, hat durch diese Ambivalenz zum Scheitern des palästinensischen Quasi-Staates beigetragen und die Entstehung der Gewaltordnungen begünstigt. Sie kann nicht anstelle der Konfliktparteien Frieden schließen. Aber ihr stehen durchaus Mittel zur Verfügung, um die Chancen dafür zu verbessern. Neben großzügiger Hilfe für den Wiederaufbau der geräumten Gebiete und einer internationalen Präsenz, um eine legitime palästinensische Führung bei der Wiederherstellung ihres Gewaltmonopols zu unterstützen, ist vor allem die Wiederbelebung von Verhandlungen erforderlich, um die Zweistaatenlösung wieder auf die Tagesordnung zu setzen.

Nur so ist der gesellschaftlichen Akzeptanz der Gewaltstrategien der Boden zu entziehen. Die Gewaltordnungen können ohne diesen Resonanzboden in der Gesellschaft nicht dauerhaft fortbestehen. Zwar enthält organisierte Gewalt, wie Forschungen zum bundesdeutschen Terrorismus der 1970er Jahre zeigen und Studien zu secessionistischen Gewaltkonflikten bestätigen, eine Tendenz zur Selbstperpetuierung, weil sie nicht nur eine Antwort auf Problemlagen darstellt, sondern als kollektive Handlung selbst Motive und Identitä-

48 Vgl. »Elections are the only way«. Interview with Khalil Shikaki, Palestine Report, 4. August 2004, <http://www.palestinereport.org/article.php?article=457>.

ten erzeugt.⁴⁹ Aber noch interagieren die Gewaltakteure auf vielfache Weise mit ihrem politischen und gesellschaftlichen Umfeld, registrieren Stimmungen in der Bevölkerung, reagieren auf staatliche Angebote, gehen taktische Allianzen ein, kurz: Von Autismus kann im Zusammenhang mit den Gewaltordnungen in Palästina nicht die Rede sein. Der hohe Politisierungsgrad der palästinensischen Gesellschaft bietet dagegen einen gewissen Schutz. Wenn ihr die Möglich-

keit einer tragfähigen Konfliktlösung als real erscheint, wird er den Gewaltordnungen das Wasser abgraben. Je länger sich allerdings die Zeitspanne hinzieht, in der kein Licht am Ende des Tunnels zu sehen und Gewalt immer und überall präsent ist, umso größer wird ihre Anziehungskraft für eine Generation, die ohne Zukunftsperspektive ihr Leben gibt, um einmal – und sei es im Tod – von der Macht zu kosten.⁵⁰

49 Vgl. Hans Joas, Kriege und Werte. Studien zur Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Weilerswist 2000, S. 280f.

50 Vgl. Christoph Reuter, Mein Leben ist eine Waffe. Selbstmordattentäter – Psychogramm eines Phänomens, München 2002, S. 204; ferner: Mark Juergensmeyer, Terror in the Mind of God. The Global Rise of Religious Violence, Berkeley 2000.

Wer hat Angst vor George Soros?

Die Auseinandersetzung zwischen autoritären Machthabern und internationalen Organisationen in Zentralasien

Andrea Berg*

Abstract: This article analyses relations between the rulers of the three Central Asian states, Uzbekistan, Kyrgyzstan and Kazakhstan, and international organisations such as the Open Society Institute and the Organization for Security and Co-operation in Europe. It undertakes to show how the rulers' behaviour patterns and strategies with regard to the activities of international organizations serve to maintain their hold on power. The article focuses especially on developments in Central Asia since the recent transfer of power in Georgia, which has been viewed with concern by leaders in Central Asia. It asks how this event could influence the forthcoming parliamentary and presidential elections in Central Asia.

Keywords: Zentralasien, Dynastien, Machterhalt, internationale Organisationen

Wer erinnert sich nicht an eines der bekanntesten Märchen der Brüder Grimm: Dornröschen. Nach der Geburt ihres ersten Kindes feiern König und Königin ein Fest, zu dem sie zwölf der dreizehn weisen Frauen des Landes einladen. Aus Wut über ihre Nichtbeachtung verwünscht die dreizehnte Frau das neugeborene Mädchen und verflucht es zu einem frühen Tod an seinem 15. Geburtstag durch den Stich einer Spindel. Obwohl eine andere der weisen Frauen diesen Fluch abmildert, bricht das Königspaar in Panik aus und lässt alle Spindeln im ganzen Reich verbieten. Wie das Märchen weitergeht, ist bekannt: Trotz Spindelverbot sticht sich Dornröschen an seinem 15. Geburtstag und fällt in einen hundertjährigen Schlaf. Soweit das Märchen.

Wirft man einen Blick auf die Beziehungen zwischen den Regierungen der fünf zentralasiatischen Staaten – Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan

– und diversen internationalen Organisationen, könnte man zu der Schlussfolgerung gelangen, dass die Präsidenten ähnlich wie der König in Dornröschen – seit einiger Zeit von panischer Angst verfolgt werden. Auslöser dieser Angst ist jedoch nicht der Fluch einer bösen Fee, sondern die politische Entwicklung in Georgien, wo die sogenannte »Rosenrevolution« im November 2003 zur Ablösung der damaligen Regierung und anschließenden Neuwahlen führte. Verschiedene Faktoren, die auf die Beteiligung internationaler Organisationen an diesem Ereignis hinwiesen¹, veranlassten

1 Insbesondere dem Open Society Institut von George Soros wurden diese Vorwürfe gemacht. Ein Artikel in The Globe and Mail vom 26. November 2003 trug die Überschrift: »Georgia revolt carried mark of Soros«, Vgl. The Globe and Mail, 2003: Georgia revolt carried mark of Soros, 26.11.2004, >www.theglobeandmail.com<. In Interviews mit der BBC am 15. Dezember 2003 und einem russischen Fernsehsender am 1. Dezember 2003 erwähnte Eduard Schewardnadse jeweils den Namen George Soros im Zusammenhang mit dem Machtwechsel in Georgien und forderte eindringlich, dass der amerikanische Einfluss, wobei er sich ebenfalls eher auf Soros bezog, bei diesem Machtwechsel untersucht würde. Vgl. BBC News, 2003: Yesterday's man rues Georgian defeat, 15.12.2003, >www.bbc.co.uk< und vgl. Pravda.Ru 2003: Shevardnadze accuses Soros of organising a coup d'état in Georgia, 01.12.2003, >www.english.pravda.ru<.

* Dr. Andrea Berg, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg.